



Presseerklärung

Konfliktlösungen ohne Militäreinsätze vorantreiben!

Mit Sorge betrachten die Delegierten der 67. Landesversammlung der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz Überlegungen von Bundespräsident Gauck und Ministerin von der Leyen zur Ausweitung militärischer Einsätze der Bundeswehr bei Konflikten in anderen Ländern.

Anlässlich der Tatsache, dass vor 100 Jahren der Erste Weltkrieg begann und vor 75 Jahren der Zweite Weltkrieg, eingedenk der letzten Erfahrungen mit militärischen Einsätzen in Konflikten in anderen Ländern, deren Erfolge mehr als zweifelhaft sind, mahnen die Delegierten daran, dass die Betonung militärischer Mittel in Konflikten mehr Nachteile bietet als Konflikte real und auf Dauer beendet. Sie fordern, dass verstärkt nach gewaltfreien Lösungswegen gesucht und schon vorhandene besser gefördert werden.

Wie Übersichten zeigen, sind gewaltfreie Wege, um Diktaturen und Willkürherrschaften in Richtung demokratischer und freiheitlicher Verhältnisse zu verändern, deutlich erfolgreicher als jeder Einsatz von Gewalt.

Vorstellbar ist die Ausweitung der Ausbildung weiterer Friedensfachkräfte, die verstärkte Unterstützung von gewaltfreien Menschenrechtsinitiativen in anderen Ländern, die weitere Forschung nach wirksamen gewaltfreien Lösungsmethoden und deren praktische Umsetzung. Auch die Beteiligung der Bundeswehr bei Blauhelmeinsätzen unter der Führung der Vereinten Nationen halten wir für denkbar, wobei jedoch andere Formen der Ausbildung der Beteiligten dazu vonnöten sind.

Auch eine Beendigung von Rüstungsexporten ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Friedensförderung.

Uns ist bewusst, dass Konfliktlösungen ohne militärischen Einsatz langwierig sind und frustrierend sein können, bis weiteres Blutvergießen oder Unterdrückung beendet werden kann. Doch die Warnungen beider Weltkriege und nachfolgender lokal begrenzter Auseinandersetzungen zeigen, dass ausschließlich militärische Überlegungen Konflikte eher fördern als beenden.

Daher fordern die Delegierten die Regierung auf, sich intensiver um zivile und gewaltfreie Konfliktlösungswege zu bemühen, konsequent Menschenrechte zu fördern und oben genannte Forderungen in die Tat umzusetzen und erwarten vom Bundespräsidenten eine Unterstützung bei diesen Vorschlägen.

Siegward Dittmann
Präsident
der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz

Jürgen Kofink
Versammlungsleiter
der 67. Landesversammlung